Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Sonntags-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatlich M. 1.50, vierteljährlich M. 4.50; für Abholer monatlich M. 1.20; durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 1.75, vierteljährlich M. 5.—; durch die Post innerhalb Deutschlands monatlich M. 1.75, vierteljährlich M. 5.25 (ausschließlich Postbestellgeld).

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8

111. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Petitzeile 30 Pf., a. extra. 40 Pf.; Anzeigen a. Nebenden im amtl. Teil die Petitzeile 70 Pf., a. extra. 80 Pf.; kleine Anzeigen die Petitzeile 25 Pf., auswärts 30 Pf.; Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht.

Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend exclusiv Postgebühr.

Einzelnummer 10 Pf. — Sonn- und Festtags 15 Pf.

Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694

Postscheckkonto 7200.

Nr. 100 — Sonntag, den 25. Februar — 1917

Ein französischer Truppentransport versenkt

Deutscher Abendbericht

T. U. Wolffsche Bureau meldet amtlich:

Berlin, 24. Februar, abends.

Von keiner Front sind größere Kampfhandlungen gemeldet.

Eine Kammerniederlage der französischen Regierung

wtb. Bern, 24. Februar. (Drahtbericht.) Nach Lyoner Blättern besprach die französische Kammer gestern die Interpellationen der Deputierten Tacand, Durand und Brun wegen der Verzögerung der Entlassung der Ackerbauern der Jahresklassen 1888/89 aus der Front und den Werkstätten. Der Deputierte Brun erklärte ihre Entlassung für unbedingt notwendig, da Frankreich vor einer Hungersnot stehe. Unterstaatssekretär Besnard erklärte, aus dem Heeresbereiche seien bisher 8000 Ackerbauern der beiden Jahresklassen entlassen worden, aber ihre Entlassung durch die Ersatztruppenteile könne nicht schneller gehen. (Zwischenruf: Ganz wie bei den Kohlen!) Die Militärbehörden hätten dabei große technische Schwierigkeiten, jedoch würden demnächst viele Ackerbauern freigegeben. Tacand und Raffins-Dugens bedauerten, daß die Regierung sich keinen Gehorsam verschaffen könne. Ihre Anordnungen in dieser Sache würden von den Militärbehörden oft nur im Maßstabe von 1:100 befolgt. Der Unterstaatssekretär für Munition, Thomas, erklärte die geforderte Entlassung der Ackerbauer aus den Kriegswerkstätten zum 1. März für unannehmbar. Sie seien für die stark vermehrte Herstellung chemischer Produkte besonders ausgebildet worden und zum Beispiel durch Kolonialarbeiter nicht ersetzbar. Die Regierung erklärte durch den Unterstaatssekretär Besnard, sie könne nur die Tagesordnung Tacand annehmen, die die Entlassung aller Ackerbauern auf den 10. März festsetze. Diese Tagesordnung wurde mit 360 gegen 114 Stimmen abgelehnt und eine andere, nach der die Regierung die Ackerbauern von 1888/89 aus der Front vor dem 1. März und aus den Werkstätten vor dem 10. März entlassen soll, wurde mit 426 gegen 2 Stimmen angenommen. Weiter wurde beschlossen, daß die Entlassenen nicht erst in die Depots zurückgeschickt werden sollen.

Neue tunesische Truppen für Frankreich

wtb. Bern, 24. Februar. (Drahtbericht.) Laut „Temps" wurde mit der Aushebung eines tunesischen Kontingents für 1917 begonnen, das 35 000 Mann umfassen soll. Das Kontingent soll die tunesischen Tirailleur-Regimenter ausfüllen. Andere kleine Kontingente sollen für landwirtschaftliche Arbeiten verwendet werden.

Ein englisches 5-Millionen-Heer?

wtb. London, 24. Februar. (Drahtbericht.) Der Armee-Etat wurde heute veröffentlicht. Er sieht 5 Millionen Mann für die Armee mit Ausschluß der in Indien dienenden Soldaten vor. (!)

Man brauche nicht anzunehmen, daß dies englische 5-Millionen-Heer in absehbarer Zeit auf dem Plan erscheinen wird. England hat bisher etwa 3 Millionen Mann zusammengebracht, einschließlich der Kontingente der Hilfsvölker. Es fehlen also zur Erreichung der Etatsstärke noch 2 Millionen Mann. In der letzten Zeit haben Englands Verbündete wiederholt betont, daß die Leistungen des vereinigten Königreichs hinsichtlich der Stellung von Truppen durchaus ungenügend seien. England antwortet jetzt, indem es Etatszahlen veröffentlicht. Es ist nicht anzunehmen, daß die französisch-russischen Besorgnisse dadurch behoben werden.

Die britische Reichskriegskonferenz

wtb. London, 24. Februar. (Drahtbericht.) Der politische Mitarbeiter der „Pall Mall Gazette" erfährt, daß die Reichskriegskonferenz in ungefähr 14 Tagen zum ersten Male zusammentreten werde.

wtb. Melbourne, 23. Februar. (Reutermeldung.) Im Bundesparlament kündigte am 23. Februar Premierminister Hughes die Politik der neuen Regierung an. Nach einem Rückblick über die Umstände, die zur Bildung des neuen Ministeriums geführt haben, sagte er: Das gegenwärtige Parlament war ein Ausschuß für die öffentliche Sicherheit und ausdrücklich gewählt mit Rücksicht auf den Krieg. Jedes Mitglied ist verpflichtet, alle Dinge diesem unterzuordnen. Fisher hat sich für den letzten Mann und den letzten Schilling von Australien in diesem großen Kampfe verbürgt. Mit wenigen Ausnahmen und bis ganz vor kurzem wurde voll anerkannt, daß dies die erste und größte Aufgabe des Parlaments ist. Der Krieg wütet weiter, wütender als je. Weit davon entfernt, ein Zeichen des Abflauens aufzuweisen, hat er jetzt eine neue furchtbarere Gestalt angenommen und bedroht jede Grundlage des Reiches. Eine tatkräftige Regierung ist zu diesem Zeitpunkte dringend notwendig. — Mit Bezug auf die Ablehnung der Dienstpflicht in Australien sagte Hughes: Die Regierung hatte die Absicht, die Entscheidung des Volkes anzuerkennen. Aber diese bedeutete nicht, wie manche es darstellen wollten, daß Australien kriegsmüde sei, sondern nur, daß Australien den Dienstzwang nicht wollte. Es war Australiens Entschluß, mit dem Aufgebot aller Kräfte an der Seite von Großbritannien und seinen Alliierten zu kämpfen, bis ein entscheidender Sieg der Welt einen dauernden Frieden brächte. Die Dominions sind zu einer Beratung zur Besprechung der wichtigen Lebensfragen eingeladen worden, die der Krieg aufgeworfen hat. Diese Konferenz bezeichnet einen Markstein in der Entwicklung des Reiches. Zum erstenmal wird die Stimme der Dominions mit eigener Regierung gehört über die großen Fragen des Krieges und Friedens, des Handels innerhalb des Reiches, der Reichsverfassung und der Aufsicht über den Stillen Ozean. Hughes machte Mitteilung von dem Antrag an das Reichsparlament, die Legislaturperiode des australischen Bundesparlaments bis 6 Monate nach Friedensschluß, spätestens bis 8. Oktober des nächsten Jahres zu verlängern.

(z.) Rotterdam, 24. Februar. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Der „Manchester Guardian" erfährt: Die englische liberale Partei wird sich den beantragten Vorzugszöllen für das britische Reich widersetzen, da sie die Durchführung des alten Chamberlainschen Schutzzollsystems einleiten würde.

Reiche U-Bootbeute

wtb. Köln, 24. Februar. (Drahtbericht.) **Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Amsterdam: Der französische Marineminister gibt die Versenkung des Postdampfers „Athos" bekannt. Er wurde im Mittelmeer torpediert. An Bord befanden sich Senegalschützen, die nach Frankreich gebracht werden sollten.**

Der Dampfer „Athos" gehörte der Messageries Maritimes und maß 12 644 Br.-R.-T.

wtb. Berlin, 24. Februar. (Nichtamtlich.) Von zurückgekehrten U-Booten sind neuerdings 11 Dampfer, 2 Segler und 8 Fischerfahrzeuge versenkt worden. Unter den versenkten Dampfern befand sich der englische Transporter „A 19", der Dampfer „Afric" der White-Star-Line, der am 12. Februar auf dem Wege von Liverpool nach Plymouth versenkt wurde. Mit den übrigen versenkten Schiffen gingen unter anderem verloren: 8600 Tonnen Kohlen, 1800 Tonnen Stückgut und 3000 Tonnen Salpeter. Da nach obiger Meldung der Dampfer „Afric" am 12. und nicht am 16. versenkt wurde, haben die Engländer, die am 16. Februar alle Erfolge der Unterseeboote bekanntgaben, vier Hilfskreuzer bzw. Transporter sämtlich verschwiegen.

(z.) Frankfurt a. M., 24. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Frankf. Ztg." aus dem Haag erfährt, erhielt der Minister des Aeußeren die Nachricht, daß die niederländischen Schiffe „Noordendijk", „Zaandijk", „Vandoeng", „Ermland" und „Gaasperland", die am 22. Februar von Falmouth abgegangen waren, von einem deutschen U-Boot versenkt wurden. Der Dampfer „Menado", der gleichfalls ausgefahren war, kehrte wegen Havarie zurück und ist somit seinem Schicksal entgangen. Bei der Holland-Amerika-Linie traf eine Nachricht ein, daß die Besatzung des „Zaandijk" gerettet und auf den Scilly-Inseln gelandet sei. Von den übrigen Mannschaften sind 200 Mann auf Penzance gelandet. Man glaubt, daß auch die übrigen in Sicherheit sind. Der gesamte Tonneninhalt der untergegangenen Schiffe betrug 30 070 Tonnen.

(z.) Haag, 24. Februar. (Drahtbericht des „L. A.".) Nicht sechs, sondern sieben holländische Schiffe wurden versenkt, nämlich außer den bereits genannten noch „Menado", der anfangs als der Versenkung entgangen gemeldet wurde. Vier Schiffe sind gesunken, drei treiben noch auf dem Meere. An der Amsterdamer Fondsbörse herrscht große Aufregung. Die Schiffahrtsaktien sind sehr gesunken.

wtb. Haag, 24. Februar. (Drahtbericht.) Es wird jetzt gemeldet, daß alle Personen, die sich an Bord der versenkten niederländischen Schiffe befanden, in Sicherheit sind.

wtb. Amsterdam, 24. Februar. (Drahtbericht.) Anläßlich der Versenkung der holländischen Schiffe fand heute nachmittag im Haag eine Konferenz der Regierung mit den Reedern statt. Die niederländischen Schiffe, die noch in den Häfen liegen, werden vorläufig nicht ausfahren. Bei den meisten niederländischen Reedern besteht die Absicht, die Schiffe, die in Rotterdam zur Ausfahrt nach Amerika bereitliegen, nicht fahren zu lassen. In Versicherungskreisen herrschte heute früh vollständige Ratlosigkeit.

wtb. Rotterdam, 24. Februar. (Drahtbericht.) Die englischen Dampfer „Berrima" (11 137 Tonnen), „Headley" (4953 Brutto-Register-Tonnen), der Fischdampfer „Picton Castle" (245 Brutto-Register-Tonnen) und der französische Schoner „Violette" (143 Brutto-Register-Tonnen) sowie der ehemals griechische Dampfer „Laertes" (3914 Brutto-Register-Tonnen) wurden versenkt.

wtb. Washington, 24. Februar. (Drahtbericht. — Reuter.) Der amerikanische Konsul auf Malta hat dem Staatsdepartement telegraphiert, daß der amerikanische Missionar Robert Kaden aus Futschau (China) ertrunken ist, als der Dampfer „Athos" am 17. Februar ohne Warnung von einem Unterseeboot versenkt wurde.

wtb. Berlin, 24. Februar. (Drahtbericht.) Die Versenkung des schwedischen Dampfers „Edda", worüber am 16. Februar berichtet wurde, ist, wie die Untersuchung ergeben hat, zu Unrecht erfolgt. Es ist anzunehmen, daß die Eigentümer von Schiff und Ladung für ihren Verlust schadlos gehalten werden.

wtb. Lugano, 24. Februar. (Drahtbericht.) Die Sätze für Seeversicherungen wurden von den italienischen Gesellschaften auf 7 Prozent erhöht. Von der Regierung wurde die Erlaubnis gegeben, diese nötigenfalls zu überschreiten. Vor dem Kriege betrugen die Sätze zwei Prozent.

Oesterr.-ungar. Heeresbericht

wtb. Wien, 24. Februar. (Drahtbericht.) Amtlich wird gemeldet:

Auf allen drei Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Politische Wochenschau

Hundertundvierunddreißigste Kriegswoche

* Ein großes Wehklagen geht durch die Länder unserer Feinde, seit die deutschen U-Boote ihr erfolgreiches Werk begannen, und die Erkenntnis, daß Hunger und Not nun auch den Völkern der Entente drohen, erzeugt Furcht und bebende Angst. „Es handelt sich um unser Dasein als Nation", ruft die „Morning Post" aus, die vor kurzem noch den Mund so voll genommen hatte, und sie stellt den Engländern die Deutschen als anfeuerndes Muster hin, weil sie die größten nationalen Opfer bringen und den letzten Mann und den letzten Pfennig hergeben. Das Blatt der englischen Konservativen klagt, daß die frühere Vernachlässigung der britischen Landwirtschaft sich bitter räche, und fordert die schärfsten Zwangsmaßregeln, um der in unheimliche Nähe gerückten Not Herr zu werden. Der landwirtschaftliche Sachverständige James Long aber verlangt die zwangsweise Bebauung alles brauchbaren Landes und malt das Hungergespenst an die Wand: „Die großen Massen sind sich noch nicht klar, daß sie in absehbarer Zeit vor dem halben Verhungern stehen." Das klingt anders, als die hochmütige Sprache, die noch in der vergangenen Woche die Lords im Oberhause führten. Und was der starke Mann Lloyd George am Freitag im Unterhause an Maßregeln zur Ueberwindung der Schwierigkeiten ankündigte, vor die der verschärfte U-Bootkrieg England gestellt hat, ist der schlagendste Beweis für den Erfolg dieser scharfen deutschen Waffe, den man bisher, um in Neutralien Eindruck zu machen, abzuleugnen sich mühte.

Doch die Not ist nicht nur in Großbritannien groß. Die Pariser „Liberté" muß zugestehen, daß die Getreideeinfuhr nach Frankreich fast gänzlich lahmgelegt ist, und trotz der offensichtlichen Bemühungen der schwankenden Regierung Briand, das Volk zu beruhigen, wächst die Furcht vor dem Kommenden von Tag zu Tag. Kein Wunder, daß ein Blatt, wie die „Bataille", Vergleiche zieht zwischen den Opfern, die England bisher im Kriege brachte, und denen, die Frankreich blutleer machen, daß es entsetzt fragt: „Ist es recht, daß Frankreich bis zum Kriegsende das meiste Blut opfern soll?" und dieser Frage die treffende Antwort gibt: „So darf es nicht sein, daß das eine Land die Soldaten stellt, und das andere die Lieferanten, Geldgeber oder gar Zuschauer abgibt. Das Londoner Abkommen setzt, da es jeden Gedanken eines Sonderfriedens ausschließt, klar voraus, daß von allen gleiche Opfer gebracht werden." Das sind beachtenswerte Stimmungen, die dadurch nicht verbessert werden, daß Frankreich jetzt auch noch zusehen muß, wie England unter dem Zwange notgedrungener Sparsamkeit der französischen Ausfuhr drückende Fesseln auferlegt, ein Vorgang, der die Franzosen die englische Freundschaft von einer neuen Seite kennen lehrt. Nicht minder aber steigt die Not und in ihrem Gefolge die Besorgnis in Italien. Der Abgeordnete Ruini fordert im „Messaggero" Diktatur und das Kartensystem für sein bedrohtes Land und spricht von Italien als einer belagerten Stadt. Und die „Tribuna" bekennt, daß Deutschland mit dem U-Bootkrieg dem Vierverband den allergrößten Schaden verursachen könne. „Die Frage ist, wie lange wir die freiwillige Aufhebung des Seeverkehrs aushalten können." Gerade diese Frage aber kann für Italien, das für seine Lebensmittelversorgung und noch mehr für seine Munitionsherstellung auf den Seeverkehr angewiesen ist, verhängnisvoll werden, da es eine Absperrung durch die U-Boote nicht so lange auszuhalten vermag, wie Frankreich oder gar England.

Knappe drei Wochen sind vorüber seit dem Beginn des verschärften Seekrieges, und schon haben unsere U-Boote nach einer Mitteilung des Staatssekretärs Capelle im Hauptausschusse des Reichstags die Nordsee reingefegt von allem Handelsverkehr. Die neutrale Schiffahrt nach England und Frankreich liegt fast **völlig still, und wie in Norwegen der Wind zu unseren Gunsten umgeschlagen ist, das zeigten die letzten Verhandlungen des Storthings. Nicht nur der Redner der Opposition nannte das britische Auftreten bei der Kohlensperre gegen Norwegen brutal und verletzend, sondern auch der Storthingspräsident Mowinkel,** der zur Regierungspartei gehört, und in dem man allgemein den künftigen Ministerpräsidenten sieht, brandmarkte die Rücksichtslosigkeit Englands bei der Kupferfrage und bedauerte die gegen Deutschland gerichtete norwegische U-Boot-Verordnung, deren Gegner er von Anfang an gewesen sei. Wenn die Neutralen noch im Zweifel waren darüber, was ihnen drohte, wenn Englands Seeherrschaft nicht gebrochen wird, so haben ihnen die neuen Vorschriften über die britische Seesperre wohl die Augen gründlich geöffnet. Fordern sie doch nichts mehr und nichts minder, als daß die neutralen Schiffe durch das von Deutschland gesperrte Gebiet fahren und englische Häfen anlaufen, damit England nach Bedarf seine hart zufassende Faust auf Schiff und Ladung legen kann. Das Recht zu dieser neuen Vergewaltigung aller neutralen Staaten schöpft England, wie es mit gewohntem Zynismus eingesteht, einfach daraus, daß sein Verfahren durch den U-Bootkrieg notwendig geworden sei. So will England, getreu seinen Ueberlieferungen, auf dem Wege nackter Gewalt „Seerecht" und „Prisenrecht" schaffen. Einem Amerika, das wirklich neutral und ein ehrlicher Vorkämpfer für die Freiheit der Meere ist, müßte dieser neue britische Gewaltakt die Wahl zwischen Krieg und Frieden erleichtern und es mit dem entschlossenen Willen zur Abwehr erfüllen. Ob jedoch Wilson von solchen Erwägungen sich leiten lassen wird, steht dahin. Noch hat er sich nicht entschieden, was er tun will, noch hat er auch die Beziehungen zur Donaumonarchie nicht abgebrochen. Aber die Wage scheint in den letzten Tagen, während in der vergangenen Woche die Meldungen aus Amerika den Eindruck hinterließen, als ob in Washington die

SLUB
Wir führen Wissen.